

Nach der Richtungswahl in Mexiko

Erwin Dettling

Referat: 25. Januar 2007, Hotel Sheraton, Centro, Mexico City

Einiges deutete letzten Sommer darauf hin, dass Mexiko anlässlich der Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2006 Domino spielt. Manuel Lopez Obrador, der linksgerichtete Kandidat von der Partei der demokratischen Revolution, PRD, wähnte sich siegesgewiss. Bei Lopez Obrador handelt es sich um den ehemaligen Stadtpräsidenten von Mexico-City.

Viele Experten glaubten, Mexiko stehe unmittelbar vor einem massiven Linksrutsch. Die Sachverständigen prognostizierten, der Dominostein Mexiko werde auf dem politischen Parkett von Lateinamerika auf die linke Seite kippen.

Es ist anders gekommen. Der Dominostein bleibt nach den Wahlen, wo er war: Vom Zentrum rechts des politischen Spektrums. Seit gut zwei Monaten wird Mexiko von Felipe Calderon regiert, dem Vertreter der rechtsbürgerlichen Partei der Nationalen Aktion, PAN.

Mexiko hat sich für die Kontinuität entschieden. Denn bereits der Vorgänger des neuen Staatschefs, Vicente Fox, war Mitglied des PAN. Felipe Calderon gewann mit 35,8 nur hauchdünn. Denn sein Widersacher, Lopez Obrador, kam auf 35,3 Prozent der Stimmen, nur 230'000 Stimmen weniger, als der Sieger.

Das Land ist politisch gespalten. Obrador, der Verlierer, focht die Wahl sofort an, sprach von Wahlbetrug und hielt die Hauptstadt mit Demonstrationen, Blockaden und Massenaufmärschen monatelang in Atem.

Das nationale Wahlgericht erklärte Felipe Calderon schliesslich zum Sieger. Als der neue Staatschef am 1. Dezember 2006 sein Amt vor dem vereinten Parlament feierlich antreten wollte, kam es zu Tumulten. Aus der grossen Feier wurde nichts. Felipe Calderon musste sich nach dem Amtseid aus dem Parlamentsgebäude schleichen. Kein guter Anfang für ein Mandat, das sechs Jahre dauern soll.

Wie gehabt! könnte man meinen: Tumulte, Gerüchte von Wahlfälschung, Skandale und wüste Proteste des Verlierers: „Mexiko mit mehr als 100 Millionen Einwohnern, ist eine politische Bananenrepublik, unfähig, geordnete, glaubwürdige Wahlen durchzuführen, die sowohl in Mexiko und ausserhalb als seriös und authentisch zur Kenntnis genommen werden.“ Der Schein trügt. Die Wahlen hatten vermutlich Problemzonen, diese waren jedoch kaum entscheidend für den definitiven Ausgang des Urnenganges.

Die Wahlen waren besser, als es scheint – besonders, wenn man sie mit den Urnengängen der letzten drei Sexenien vergleicht. Damit Sie verstehen, warum ich zu diesem Schluss komme, blende ich zurück in die politische Geschichte der jüngeren Vergangenheit von Mexiko.

Mexiko wurde mehr als 70 Jahre lang von der Staatspartei, dem Partido de la Revolucion Institucional, dem PRI, regiert. Hören Sie genau hin: „Partei der Institutionalisierten Revolution“. Kann man eine Revolution institutionalisieren? Ist sie dann noch revolutionär, wenn sie zur Institution erstarrt ist?

Das Konstrukt war von Anfang an trügerisch, wies grundlegende Schaltfehler auf, hat sich aber mehr als 70 Jahre gehalten. Die Staatspartei gewann jahrzehntelang fast alle Wahlen routinemässig. Mexiko wurde vom PRI wie eine private Firma regiert. Die Losung hiess: Alle Macht dem Präsidenten! Und wenn die Macht des Präsidenten nicht

ausreichte, konnte er sich immer auf die grossen Stimmlieferanten, wie Gewerkschaften, Verbände und andere handzamen und ergebene Gruppen abstützen.

Über diese traditionelle Machtfülle des Präsidenten gibt es arge Witze in Mexiko. Zum Beispiel diesen: Im Folgenden geht es um Macht und Widerspruchslosigkeit „Fragt der Präsident seinen Finanzminister: Herr Minister: Wie viel Uhr ist es? Antwortet der Ministers: „Es ist genau so spät, wie sie wünschen, Señor Presidente.“ Der korporative, servile Staat, gelenkt von der Staatspartei, funktionierte leidlich bis Mitte der achtziger Jahre.

Die Wende, der Wandel im politischen Denken im Land, kam nicht von den Politikern, auch nicht von gescheiterten Professoren und Politologen, die schon längst erkannt hatten, dass das politische Machtgefüge von Mexiko dringend verändert werden musste. Es bedurfte – bin ich versucht zu sagen - einer Naturkatastrophe, um den morschen Machtapparat der Staatspartei zu entlarven und letzten Endes zu demontieren.

Am 19. September 1985 wurden grosse Teile von Mexico-City und angrenzende Gebiete von einem gewaltigen Erdbeben erschüttert. Viele tausend Menschen kamen in den Trümmern ums Leben. Sowohl die Stadtregierung, aber noch viel mehr die Landesregierung, zeigte sich bei der Bewältigung der Katastrophe von der hilflosen Seite. Die Soforthilfe für die Opfer und Hinterbliebenen kam schleppend in Gang. Schlagartig erlebte die damals sehr schwache Zivilgesellschaft, dass der Staat, und noch viel mehr die Staatspartei PRI, nicht helfen konnten, als sie hätte helfen sollen. Der Schock der Bevölkerung über die Hilflosigkeit der Obrigkeit war nachhaltig.

Nach dem Erdbeben schossen Selbsthilfeorganisationen aus dem Boden, Nachbarschaftshilfen, Solidaritätskomitees, über welche der Staat und die

Staatspartei keinen Einfluss mehr hatten. Diese autonomen Organisationen bargen nach dem Erdbeben Tote aus den Trümmern, versorgten Verletzte medizinisch, organisierten Beerdigungen, damit es keine Seuchen gab.

Mexiko war nach der Erfahrung des Erdbebens ein anderes Land. Wir sind im Jahre 1985: Es dauerte aber noch fast zwei Jahrzehnte, bis die erstarkte Zivilgesellschaft mit ihren neuen autonomen Strukturen, zusammen mit neuen Parteien, wichtige Änderungen und Reformen in der Gesellschaft und in der Politik durchsetzen konnten. Die Staatspartei kümmerte sich vorerst kaum um die Flammenschrift, die in der mexikanischen Gesellschaft aufleuchtete. Die PRI versuchte vorerst weiter zu machen, als hätte es die menschliche und politische Katastrophe des Erdbebens nicht gegeben. Das Motto hiess: „Aqui no pasa nada“. Hier ist überhaupt nichts passiert.

Es war aber etwas passiert. Die Wähler hatten ein gutes Gedächtnis. Die Politik des Wegschauens führte sieben Jahre nach dem Erdbeben zu einem **ersten Wendepunkt**. Als sich im Jahre 1992 zeigte, dass Carlos Salinas de Gortari, der Kronfavorit der Staatspartei, die Präsidentschaftswahlen gegen seinen Widersacher Cuauhtemoc Cardenas verloren hatte, griff der allmächtige Staatsapparat nochmals in die Trickkiste – und drückte den offiziellen Kandidaten, Carlos Salinas de Gortari vom PRI durch. Noch wäre Zeit gewesen, das faule Fleisch aus dem maroden Staatskörper heraus zu schneiden.

Präsident Carlos Salinas de Gortari, ein Absolvent der Harvard-Universität, erwies sich als knallharter Reformler und Konstrukteur. Er ließ tausende Kilometer von Autobahnen bauen, privatisierte Tausende vorn Staatsbetrieben, und er entzog damit eigentlich dem übermächtigen Staat die Basis seiner Macht. Auch die staatliche Telefongesellschaft, TELMEX, kam unter den Hammer. Der Umbau hatte Folgen. Plötzlich war der

mexikanische Staat nicht mehr einer der größten Unternehmer im Land. Die zu verteilenden Pfründen wurden kleiner.

Präsident Carlos Salinas, ein Stratege, machte Mexiko für das Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada – das NAFTA – fit, änderte den bisher sakrosankten Landartikel der mexikanischen Verfassung im Schnellverfahren. Nach der Revolution von 1910 war es verboten, Genossenschaftsland zu kaufen oder zu verkaufen. Es galt die Losung des Revolutionärs Emiliano Zapata: „Das Land gehört dem, der es auch bebaut“. Seit das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada in Kraft ist, ist in Mexiko auch ein Teil des Genossenschaftslandes nicht mehr tabu und somit den Gesetzen des Marktes unterworfen.

Der zweite Wendepunkt der mexikanischen Staatskrise kam am 1. Januar 1994, genau an dem Tag, als das trilaterale Handelsabkommen NAFTA hätte in Kraft treten sollen. Im südlichen Gliedstaat Chiapas meldete sich ein gewisser **Sub-Comandante Marcos** punktgenau mit einem zapatistischen Aufstand, dem sich auch ein Teil der indianischen Bevölkerung des Gliedstaates anschloss.

Der Schock war groß, Die Konsternation nachhaltig. Die Bundesarmee griff ein – es kam zu Schlachten im Hinterland von Chiapas. Es gab viele Tote. Damit hatten die Strategen des Umbaus nicht gerechnet. Nicht der trilaterale Freihandel machte 1994 in der Weltpresse Schlagzeilen, sondern der vermummte Sub-Comandante Marcos, welcher der Staatsmacht in Mexiko-Stadt in der Folge jahrelang auf der Nase herum tanzte. Präsident Salinas verhandelte mit den Rebellen, erreichte einen Waffenstillstand, versprach, mehr für die Indianer im Land zu tun und die kolossalen Ungleichheiten zwischen dem Norden und dem Süden des Landes auszugleichen.

Der Aufstand versandete, so wie auch ein substantielles Friedensabkommen mit den aufständischen Zapatisten im Verlauf der Jahre verwässert wurde. Dabei waren die Forderungen der Indianer kaum überrissen. Sie verlangten **Pan, Techo, Salud y Trabajo** – also ausreichend Nahrung für alle, menschenwürdige Behausungen, Spitäler und Arbeit.

Einiges hat sich in Chiapas als Folge der Revolte verändert. Neue Schulen wurden gebaut, Theater, Kliniken und Gesundheitsposten. Das Meiste ist aber gleich geblieben. Insbesondere erreichte die indianische Bevölkerung nicht die Autonomie über ihre Gebiete. Das hatte und hat triftige Gründe. Chiapas ist das Wasserschloss von Mexiko. In Chiapas gibt es Erdöl, einen Urwald mit einer enormen Artenvielfalt, Elektrizitätskraftwerke und Bodenschätze. ...und Kaffee.

Der dritte Wendepunkt, der zur Demontage der Staatspartei PRI führte, ließ nicht auf sich warten. Die Staatspartei hatte sich als nicht beratbar, als lernunfähig gezeigt. Als Präsident Carlos Salinas im Jahre 1994 einen Nachfolger bestimmte, zeigte er auf **Luis Donaldo Colosio**, einen charismatischen Leader des PRI und gut vernetzten Kenner der mexikanischen Politik. Pro forma gab es auch noch ein parteiinternes Auswahlverfahren.

Ich war damals auf mehreren Wahlveranstaltungen von Colosio vor Ort dabei und traute meinen Ohren nicht. Er geißelte die Korruption seiner eigenen Partei, die weit verbreitete Vetternwirtschaft, die Kooptation des politischen Gegners, den Stimmenkauf und die Wahlfälschung. Colosio entschlüpfte offenbar der Kontrolle der bisher mächtigen Parteibonzen in der Zentrale, legte seinen Finger während seiner Kampagne auf die neuralgischen Punkte des politischen Systems im Land - und bezahlte dafür mit dem Leben.

Luis Donaldo Colosio wurde am 23. März 1994 auf einem Wahlmeeting aus nächster Nähe erschossen. Der Täter war schnell gefunden. Die intellektuelle Urheberschaft des politischen Verbrechens an Colosio dagegen blieb unaufgeklärt. Der Mord an Colosio und an weiteren Dissidenten PRI-Politikern (Mario Luis Massieu) forcierte den Niedergang der wankenden Staatspartei

Die Mexikanerinnen und Mexikaner, die Zivilgesellschaft, zogen ihre Schlüsse aus der politischen Gewalttätigkeit und aus dem Zapatistenaufstand in Chiapas. Zwar setzte sich 1994 bei den Präsidentschaftswahlen nochmals der Kandidat der Staatspartei, der unbescholtene Ernesto Zedillo, durch. Doch die Regierungszeit der Staatspartei war abgelaufen. Im Jahre 2000 setzte sich bei den Wahlen der rechtsbürgerliche Vicente Fox der rechtsbürgerlichen Nationalen Aktion (PAN) durch, ein Industrieller und ehemaliger Direktor von COCA COLA. Und soeben hat die PRI die Präsidentschaftswahlen wieder verloren: Erneut gegen den Kandidaten der PAN. Der starke Mann von Mexiko heisst in den nächsten sechs Jahren, wie eingangs erwähnt, Felipe Calderon.

Erstaunlich ist an der neuesten politischen Geschichte von Mexiko, dass das Land den Wechsel von der Dominanz der allmächtigen Staatspartei zum Prinzip der Alternation an der Spitze des Staates ohne die in der Region übliche Destabilisierung des ganzen Landes erreicht hat.

Die PRI hat zum Beginn des Jahrtausends nicht nur die Vorherrschaft im Zentrum des Landes verloren, sondern auch in den Gliedstaaten, wo heute viele Gouverneure von Oppositionsparteien regieren. Auch der Stadtpräsident von Mexiko-City, das vielleicht zweitwichtigste Amt im Land, ist in Händen eines Mannes der linksliberalen Opposition, der PRD.

Jahrelang lag die PRI in den Seilen. Doch langsam erholt sie sich von den Tiefschlägen. Die abgehalfterte Staatspartei ist ein wichtiger Machtfaktor in Mexiko geblieben, gewinnt aber wieder Wahlen in den Provinzen, wo niemand einen Erfolg für möglich gehalten hätte. So hat die PRI im letzten Oktober die Gouverneurswahlen im Gliedstaat Tabasco, der Hochburg des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Lopez Obrador, gewonnen. Tabasco ist für seinen Ölreichtum bekannt. Die PRI ist auf Gouverneursebene stark geblieben, stellt in 17 von 31 Gliedstaaten den Gouverneur. Auf die regierende PAN entfallen 9 Gouverneursmandate und auf die linkspopulistische PRD deren 5 Mandate. Aber auf Bundesebene hat der Wind gedreht.

Mexiko ist eine präsidentiale Demokratie, keine parlamentarische Demokratie. Die Machtbefugnisse des Präsidenten sind nach wie vor enorm. Aber die „Checks & Balances“ sind – als Teils des politischen Wandels im Land – heute besser geworden. Das hat in der eben vergangenen Regierungszeit von Präsident Fox dazu geführt, dass viele Reformprojekte liegen blieben. Die Parlamentsfraktion seiner Partei war in der Minderheit. Fortschritte hat es immerhin im Pensionswesen, bei der Arbeitsgesetzgebung und im Steuersystem gegeben.

In der großen Kammer des nationalen Parlaments hat die Regierende PAN 42 Prozent der Sitze (206), die PRI 21 Prozent (106) und die dritte Grosse Kraft, die PRD, 25 Prozent der Sitze (127). PRI und PRD können demnach auch dem neuen Staatschef das Leben schwer machen.

Die neuen Verhältnisse haben dazu geführt, dass in Mexiko heute die institutionelle Politik und die Wirtschaft nicht mehr auf Gedeih und Verderben miteinander verkoppelt sind. Das heisst konkret: Selbst wenn die Präsidentschaftswahlen – wie jetzt – kontrovers verlaufen, führt das in der mexikanischen Wirtschaft nicht (mehr) dazu, dass das Land in die Inflationsfalle tappt, massive Kapitalflucht wichtige Projekte im Land

stoppen und die ausländischen Investoren abziehen. Bezeichnend für den Wandel ist auch, dass die Währung trotz der negativen Wahlshow nicht in den Keller sauste, sondern jetzt schon seit Jahren innerhalb eines Bandes recht stabil ist.

Unabhängig wer Mexiko regiert: Die Probleme, die zur Lösung anstehen, sind enorm. Der Reformstau ist beträchtlich. Soeben ist in den USA der 300. Millionste Bürger auf die Welt gekommen. Es war ein Latino. Vermutlich ein ethnischer Mexikaner. Seit Jahrzehnten versuchen Mexiko und die USA ein tragfähiges Migrationsabkommen zu schliessen; ohne Erfolg. Anstatt sich anzunähern, versuchen die USA ihre 3000 Kilometer lange Grenze zu Mexiko mit Zäunen und Mauern zu schützen. Ein untaugliches Mittel, mit der illegalen Migration fertig zu werden.

Mit George W. Bush im Weissen Haus wird Präsident Calderon in der Migrationsfrage kaum eine Lösung finden. Präsident Bush hat sich auch während seiner ganzen bisherigen Amtszeit kaum um Lateinamerika gekümmert. Mit entsprechenden Folgen. Bleibt abzuwarten, ob es zwischen Mexiko und den USA mit dem Nachfolger von Bush zu einer Annäherung kommt.

Wie es um das nachbarschaftliche Verhältnis steht zeigt auch folgende Tatsache. Im Januar 2007 besuchte der neue Staatschef von Mexiko die Bundesrepublik Deutschland, und das, noch bevor Calderon seine traditionelle Antrittsvisite in Washington gemacht hätte.

Der Besuch von Calderon in Deutschland ist bedeutungsvoll. Mexiko und die EU schlossen im Jahr 2000 ein Freihandelsabkommen ab. Es hat sich aber gezeigt, dass sich die Handelsbeziehungen mit einem Globalvertrag allein nicht wesentlich ausdehnen lassen. Mexiko bleibt noch ein grosses Stück Arbeit, international wettbewerbsfähig zu werden. Das Europa der EU hätte die Möglichkeit, über das neue bilaterale Abkommen auf dem

NAFTA-Markt – bestehend aus Kanada, den USA und Mexiko – mit gleichen Spiessen aufzutreten.

Mexiko hat in den vergangenen zwanzig Jahren rasante Strukturreformen durchgepeitscht, die Industrie diversifiziert, sich mit der katholischen Kirche arrangiert, die Abhängigkeit vom Öleinkommen verringert und den Handel mit den USA massiv ausgebaut. Gleichzeitig haben sich die Drogenmafias, die jahrzehntelang in den Grenzregionen aktiv waren, im ganzen Land ausgebreitet. Die grossen Kartelle wurden zerschlagen. Entstanden sind neue, dezentrale Drogennetzwerke, die kaum mehr zu kontrollieren sind.

Namhafte Analysten in Mexiko sind davon überzeugt, dass die meisten staatlichen Institutionen von Gewährsleuten der Drogenkartelle durchsetzt sind.

Ich habe 15 Jahre in Mexiko gelebt und erlebt, wie Wirtschafts-, Sozial- und Politgeschichte im Eiltempo geschrieben wurde. Ein Ende des Wandels ist nicht in Sicht. Vor mehr als 20 Jahre schrieb ich in der Weltwoche über „Die letzten Blicke zur Sonne“. Das Thema des Aufsatzes war die kolossale Verschmutzung der Luft und des Ambientes von Mexiko-Stadt, von den Smogwolken und den schwefelfarbigem Abgasen in Bodennähe, der aus dem Sonnenlicht zeitweise einen Senfgelben Schleier machte. Ich hatte mich getäuscht – glücklicherweise. Heute fahren in Mexiko-Stadt zweimal so viele Autos wie vor 20 Jahren und die Luftqualität ist besser. Das gibt Grund zur Hoffnung, dass es vorwärts geht im Land, an allen Fronten – und zum Besseren.

Erwin Dettling